

#GIDSstatement 10 / 2023

Tobias Kollakowski

Nächstes Einlaufen: Suva?

Warum zukünftige Indo-Pacific Deployments der deutschen Marine einen Hafenaufenthalt in Ozeanien beinhalten sollten

#GIDSstatement | Nr. 10/2023 | September 2023 | ISSN 2699-4372

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie, detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar

ISSN 2699-4372

Dieser Beitrag steht unter der Creative Commons Lizenz CC BY-NC-ND 4.0 International (Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitung). Weitere Informationen zur Lizenz finden Sie unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>



#GIDSstatement wird vom German Institute for Defence and Strategic Studies (GIDS) herausgegeben.

Die Beiträge sind auf der Website des GIDS kostenfrei abrufbar: www.gids-hamburg.de

#GIDSstatement gibt die Meinung der AutorInnen wieder und stellt nicht zwangsläufig den Standpunkt des GIDS dar.

Zitervorschlag:

Tobias Kollakowski, Nächstes Einlaufen: Suva? Warum zukünftige Indo-Pacific Deployments der deutschen Marine einen Hafenaufenthalt in Ozeanien beinhalten sollten, #GIDSstatement 10/2023, GIDS: Hamburg.

GIDS

German Institute for Defence and Strategic Studies
Führungsakademie der Bundeswehr
Manteuffelstraße 20 · 22587 Hamburg
Tel.: +49 (0)40 8667 6801
buro@gids-hamburg.de · www.gids-hamburg.de

Korvettenkapitän d.R. Tobias Kollakowski | German Institute for Defence and Strategic Studies (GIDS)

Nächstes Einlaufen: Suva?

Warum zukünftige Indo-Pacific Deployments der Deutschen Marine einen Hafenaufenthalt in Ozeanien beinhalten sollten

Seit der zweiten Dekade des 21. Jahrhunderts ist der Indo-Pazifik stärker in den Fokus deutscher Außen- und Sicherheitspolitik gerückt. Wie dieses Statement argumentiert, wurde ein Teilgebiet des Indo-Pazifiks, nämlich Ozeanien, hierbei jedoch in der praktischen Ausgestaltung verteidigungspolitischer Maßnahmen der vergangenen Jahre nicht ausreichend berücksichtigt.

In der jüngeren Vergangenheit hat sich die deutliche Bedeutungszunahme der Region für deutsches Handeln auf politischer Ebene durch die Verabschiedung der *Leitlinien zum Indo-Pazifik* der Bundesregierung (*Leitlinien*) im September 2020 ausgedrückt. Auch die *Nationale Sicherheitsstrategie (NSS)*, die im Sommer 2023 vorgestellt wurde, führt den Indo-Pazifik als Raum mit hoher Bedeutung für Deutschland und Europa auf.¹ Auf militärischer Ebene spiegelt sich die Entwicklung besonders wirkungsvoll in der jährlichen Durchführung von Indo-Pacific Deployments durch Kontingente der Bundeswehr zu Land, zu Wasser und in der Luft wider.

In diesem Rahmen erfolgte beispielsweise im Zeitraum 2021–2022 die Entsendung der Fregatte BAYERN in den Indischen Ozean sowie den westlichen Teil des Pazifischen Ozeans. Vom operativen Standpunkt stellten die Teilnahme der BAYERN an der Umsetzung des Sanktionsregimes gegenüber Nordkorea und die in diesem Zusammenhang erfolgte Entsendung von Bundeswehrpersonal in das Enforcement Coordination Cell nach Japan sowie die Teilnahme an der „Annual Exercise“ der Japanischen Maritimen Selbstverteidigungskräfte Höhepunkte des Deployments dar (siehe Abb. 1). Im weiteren Verlauf des Jahres 2022 setzte die deutsche Luftwaffe mit der Teilnahme an den Übungen „Pitch Black 2022“ (Northern Territory, Australien) und „Kakadu 2022“ (Darwin, Australien) und durch Verlegung zu den Schlüsselpartnern Japan, Singapur und Südkorea weitere Akzente. Im Juli/August 2023 nahmen Landstreitkräfte des deutschen Heeres und der Marine an der Übung „Talisman Sabre“ in Australien teil. Wie anhand der Abfolge der Deployments erkennbar wird, steht die militärische Interaktion mit Deutschlands Wertepartnern, die parallel bedeutende Ankerstaaten des globalen

Danksagung: Der Autor dankt Fregattenkapitän Torben Keitel von der Fakultät Marine an der Führungsakademie der Bundeswehr sowie den unzähligen Experten diverser Ministerien und Bundesbehörden, die in der Arbeitsgruppe III. des 4. Netzwerktreffens Maritime Sicherheit im Bundesministerium der Verteidigung diskutiert und in diesem Zuge wichtige Impulse für die Erstellung dieses Papiers geliefert haben.

¹ Bundesregierung 2023b: 23.

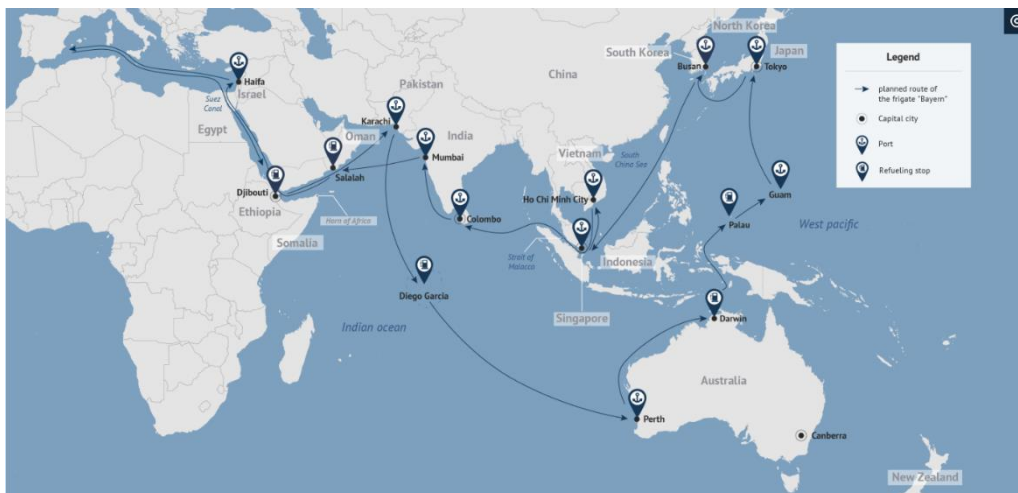


Abb. 1: Das Indo-Pacific Deployment der Fregatte BAYERN 2021–2022 (Bundeswehr 2023).

Westens in der Region darstellen, im Fokus des deutschen sicherheitspolitischen Agierens in diesem Raum – ein Ansatz, der vollkommen im Einklang mit den politischen und strategischen Grundlagendokumenten Deutschlands steht.

Wenig Beachtung seitens deutscher Sicherheitspolitik wurde bisher jedoch – mit der Ausnahme des Anlaufens von Palau zur Kraftstoffübernahme² – den Inselstaaten, die sich über weite Strecken des Pazifiks erstrecken, geschenkt. Hier ist in erster Linie Ozeanien zu nennen. Ziel dieses Statements ist es – ohne die Fortsetzung der Kooperation mit den pazifischen Regionalmächten sowie der Großmacht USA in Frage zu stellen – für das Anlaufen und Interagieren mit einem kleineren ozeanischen Inselstaat im Rahmen zukünftiger Indo-Pacific Deployments der Deutschen Marine zu argumentieren.

Die Zielregion

Die ozeanische Inselwelt befindet sich im Zentrum des Pazifischen Ozeans. Wie anhand der Karte in Abbildung 2 dargestellt, liegt Ozeanien damit zwar aus geographischer Sicht in großer Distanz zur Bundesrepublik Deutschland, wird aber räumlich durch die Staatsgebiete von Deutschlands Wertepartnern in der Region umschlossen. Damit ist Ozeanien geographisch als Zwischenziel ideal gelegen und es bieten sich unterschiedliche Möglichkeiten, um Routen auszuplanen, die auf dem Transit von Übungen mit Verbündeten und strategischen Partnern Hafenaufenthalte auf ozeanischen Inselstaaten berücksichtigen. Es sprechen vielfältige Gründe dafür, über die großen Akteure in der Region bzw. unsere Schlüsselpartner³ hinauszuschauen und dabei Ozeanien bei der Planung von Aktivitäten auf Streitkräfteebene nicht zu ignorieren. Diese sollen nachfolgend im Detail erörtert werden.

² Siehe hierzu den Beitrag der Fregatte BAYERN auf Twitter: @FregatteBayern DE has called Malakal (Palau PW) for another refueling stop, in: Twitter vom 15.10.2021, <https://twitter.com/fregatetbayern/status/1448906675675713562?lang=ca>, zuletzt aufgerufen am 08.07.2023.

³ Gemeint sind Japan, Südkorea, Australien und Singapur.

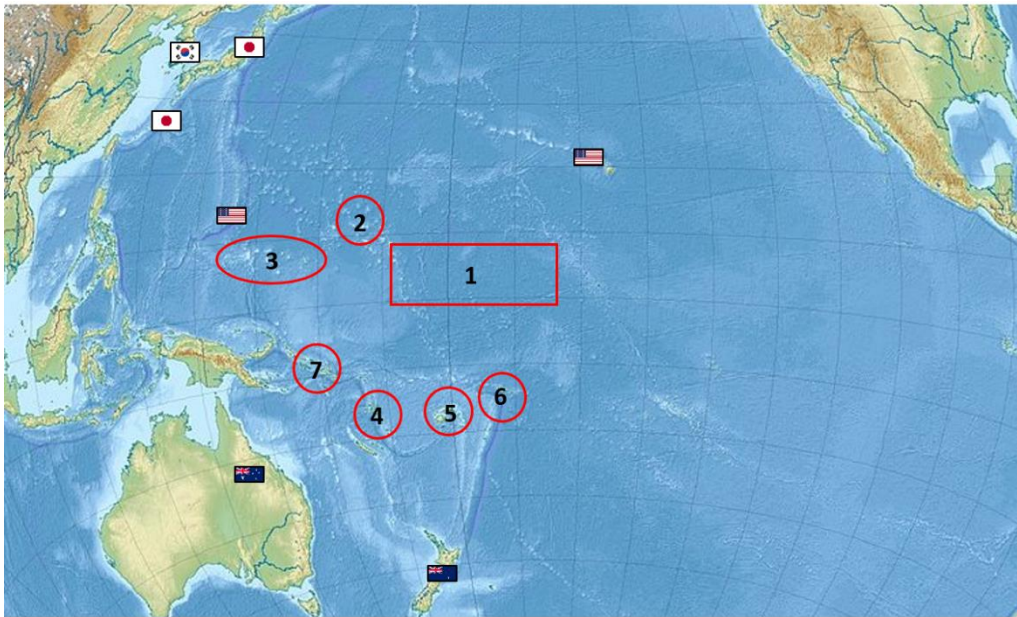


Abb. 2: 1) Kiribati; 2) Marshallinseln; 3) Mikronesische Föderation; 4) Vanuatu; 5) Fidschi; 6) Samoa; 7) Salomonen. Aufgrund der Kartenauflösung fehlen die souveränen Staaten Tuvalu, Tonga und Nauru (Dederling 2010, CC BY-SA 3.0; mit Veränderungen durch den Autor).

Einfluss

Grundlegend muss konstatiert werden, dass es sich Deutschland aufgrund der Machtverschiebungen in einer sich wandelnden Welt nicht länger leisten kann, kleine Staaten zu ignorieren. Um den internationalen Einfluss Deutschlands in der Welt aufrechtzuerhalten, wird häufig die Notwendigkeit, im gemeinsamen EU-Rahmen zu wirken, als ein zentrales politisches Argument aufgeführt.⁴ In Anbetracht massiver Verschiebungen der wirtschaftlichen, demographischen und politischen Gravitationszentren der Welt – bis 2050 werden voraussichtlich sieben der zehn größten Wirtschaften der Welt nach Kaufkraftparität zu der Gruppe der Schwellenländer gehören – kommen starke Zweifel daran auf,⁵ ob selbst die EU, die EU in Kooperation mit den USA oder sogar die westliche Wertegemeinschaft als Ganzes ausreichend stark sein werden, um auch in Zukunft auf die zentralen Fragen der globalen Ordnung und Weltpolitik entscheidenden Einfluss nehmen zu können. Bereits die Gegenwart zeigt die Grenzen der Macht des vereinten globalen Westens auf: In Anbetracht massiver Brüche der Charta der Vereinten Nationen durch die Russische Föderation zeigt sich, dass diverse Staaten des sogenannten Globalen Südens nicht bereit sind, die Positionen der westlichen Wertegemeinschaft mitzutragen. Die südafrikanische Regierung stellt klar, dass sie „actively non-aligned“ ist und führt Militärmanöver mit Russland durch.⁶ Mit der brasilianischen Regierung erklärt eine weitere aufstrebende Regionalmacht, dass Frieden nur durch eine Verhandlungslösung erreicht werden könne, welche auch die „legitimen Sicherheitsinteressen“

⁴ Bundesregierung 2023a.

⁵ PWC 2015: 3.

⁶ BBC 2023; Reuters 2023.

der Russischen Föderation berücksichtige.⁷ Schließlich beteiligt sich die Groß- und Atommacht Indien nicht nur nicht am internationalen Sanktionsregime gegen Russland, sondern hat im April 2023 ein Wirtschafts- und Handelskooperationsabkommen mit Russland geschlossen, während russische Exporte nach Indien bereits im vergangenen Fiskaljahr um 400 % gestiegen sind.⁸

Vor dem Hintergrund der sich immer stärker ausprägenden Multipolarität in den internationalen Beziehungen wird die Einhegung internationaler Konflikte signifikant schwieriger und es kommt jeder Stimme eines noch so kleinen Staates hohe Bedeutung zu! Nach der UN-Charta sind alle Staaten gleichwertige Völkerrechtssubjekte und verfügen bei den Vereinten Nationen, beispielsweise in der Generalversammlung bei der Abstimmung über Resolutionen oder bei der Wahl von nichtständigen Mitgliedern in den UN-Sicherheitsrat, über dasselbe Stimmrecht. Unter anderem in diesem Zusammenhang ist der Mangel an diplomatischer Interaktion mit Ozeanien durch die deutsche Regierung bereits erkannt worden. 2022 stellte die Bundesaußenministerin die neue Sonderbotschafterin für die pazifischen Inselstaaten in der Region vor und im Sommer 2023 wurde in der Hauptstadt der Republik Fidschi, Suva, eine deutsche Botschaft eröffnet.⁹

Eine damit zu verbindende Nebenakkreditierung des deutschen Militärattachéstabes Canberra bspw. ist ein erster wichtiger Schritt, die Region auch militärpolitisch in den Blick zu nehmen. Weitere Maßnahmen auf Ebene der Streitkräfte, wie sie eine Seefahrt durch ein deutsches Kriegsschiff bietet, um damit Präsenz zu zeigen, sind geeignet, diese politischen Maßnahmen zu flankieren. Für diesen Zweck bieten sich Kriegsschiffe aufgrund ihrer Diplomatiefunktion – etwa als Plattform für diplomatische Aktivitäten an Oberdeck – in besonderer Weise an.¹⁰

Interessen

Neben der allgemeinen Bedeutung der pazifischen Inselstaaten vor dem Hintergrund globaler Machtverschiebungen, kommt den Staaten Ozeaniens auch eine besondere Relevanz im Hinblick auf konkrete Sachinteressen deutscher Außenpolitik zu: Zum einen die klimapolitischen Ziele der Bundesregierung sowie zum anderen die Reduktion von geopolitischen Spannungen mittels Diversifizierung von Partnerschaften, um dualistischer Machtkonzentration entgegenzuwirken.¹¹

Im Hinblick auf klimabedingte Änderungen in der Umwelt sind die flachen Inselstaaten Ozeaniens durch den ansteigenden Meeresspiegel in besonderer Weise bedroht. Vor diesem Hintergrund definieren die *Leitlinien* die Absicht der Bundesregierung, Kooperationsformate mit den betroffenen pazifischen Inselstaaten auch unter

⁷ Cazarré 2022; Harris 2023.

⁸ Sharma 2023; Indian Express 2023. Für detailliertere Ausführungen zu den Verschiebungen der globalen Machtverhältnisse zuungunsten der liberalen, globalen Ordnung und Wertegemeinschaft siehe Saxer 2023.

⁹ Deutscher Bundestag 2022: 3; Köllner/Hasenkamp 2023; Deutsche Botschaft Suva 2023.

¹⁰ Für genauere Ausführungen zu Marinediplomatie siehe z. B. Speller 2019: 75–92. Jenseits von spezifisch militärischen Aktivitäten, wie z. B. der Durchführung von militärischen Übungen, könnte die Präsenz deutscher Kriegsschiffe beispielsweise auch durch andere Ressorts zur Durchführung von diplomatischen Maßnahmen an Bord genutzt werden.

¹¹ Auswärtiges Amt 2020: 9, 14.

Berücksichtigung klimawandelbedingter Sicherheitsrisiken auszubauen.¹² Die Staaten Ozeaniens sind aber nicht nur Objekt deutscher außenpolitischer Zielsetzungen. Der Ausbau der Beziehungen zielt auch darauf ab, die durch ihre „unmittelbare Betroffenheit natürlichen Verbündeten“ für deutsche Positionen zu gewinnen.¹³ Hierbei schließt die Thematik Klima unmittelbar an die Frage nach Möglichkeiten zum Erhalt des deutschen Einflusses in der Welt an. Die Wahrnehmung der Attraktivität deutscher Außenpolitik für andere Staaten und der Ausbau zwischenstaatlicher Beziehungen – auch durch Mittel der Verteidigungspolitik – schafft die Grundlage für eine internationale Zustimmung zur Übernahme von Verantwortung durch Deutschland, unter anderem auch bei der Wahl in UN-Gremien wie den UN-Sicherheitsrat.¹⁴

Während die mit umwelt-, klima- und energiepolitischen Themen in Verbindung stehenden sicherheitspolitischen Fragen eher dem erweiterten Sicherheitsbegriff zugeordnet werden können, wirken sich die harten Fragestellungen klassischer Sicherheitspolitik auf den gesamten Raum aus. Hier ist an erster Stelle die machtpolitische Rivalität zwischen den Großmächten USA bzw. dem „angelsächsischen Lager“¹⁵ und China zu nennen, die sich in einem geopolitischen Ringen um Einfluss in ganz Ozeanien widerspiegelt.¹⁶ Vor diesem Hintergrund sind etwa die Anerkennung der Volksrepublik China als Vertreter des „Einen China“¹⁷ durch Kiribati und die Salomonen sowie die Unterzeichnung des Sicherheitsabkommens zwischen der Volksrepublik China und den Salomonen im April 2022 und eines Kooperationsabkommens zur exekutiven Staatsgewalt und Sicherheit im Juli 2023 zwischen beiden Staaten zu nennen.¹⁸ Auf der anderen Seite steht die Unterzeichnung des U.S.-Papua New Guinea Bilateral Defense Cooperation Agreement, Pläne der US-amerikanischen und mikronesischen Regierungen eine US-Militäreinrichtung auf Mikronesien zu errichten oder auch die Unterzeichnung eines Sicherheitsvertrages zwischen Australien und Vanuatu im Dezember 2022.¹⁹

Solche geopolitischen Rivalitäten im Generellen entsprechen nicht den Interessen der Bundesrepublik Deutschland, weil nach deutschen Vorstellungen die internationalen Beziehungen regelbasiert und nicht machtbasiert gestaltet werden sollen. Die *Leitlinien* führen hierzu aus: „Hegemoniale Vereinnahmung, aber auch die Verfestigung bipolarer Strukturen würden einen Ansatz vertiefter und diversifizierter Partnerschaften in der Region gefährden.“²⁰ Noch eindeutiger formuliert die *NSS*:

¹² Auswärtiges Amt 2020: 14.

¹³ Auswärtiges Amt 2020: 29.

¹⁴ Ausfluss einer Diskussion im Rahmen des 4. Netzwerktreffens Maritime Sicherheit im Bundesministerium der Verteidigung, dass die Zustimmung zu deutschen außenpolitischen Positionen und zur Wahl deutscher Delegierter in Gremien der Vereinten Nationen in erheblichem Maße davon mit beeinflusst wird, dass kleinere Inselstaaten Vertrauen darin haben, dass die deutsche Außenpolitik für diese Staaten überlebenswichtige Themen, wie den Klimawandel, auf die internationale Agenda setzt.

¹⁵ Je nach Format und Themenfeld neben den USA vor allem Großbritannien, Australien und Kanada.

¹⁶ Jackson 2023; Grossman 2023.

¹⁷ Ein grundlegendes chinesisches außenpolitisches Prinzip, nach dem es nur einen einzigen, chinesischen Staat auf der Welt gibt. Taiwan sei elementarer Bestandteil dieses souveränen Staates. Fremde Staaten können somit nicht gleichzeitig die Volksrepublik China und die Republik China (Taiwan) diplomatisch anerkennen, siehe z. B. Sutter 2013: 268.

¹⁸ NPR 2023.

¹⁹ Cagurangan 2021; Australian Government (o. J.); U.S. Department of State 2023.

²⁰ Auswärtiges Amt 2020: 9.

Die Reduzierung von Abhängigkeiten kann nur in Zusammenarbeit mit einer Vielzahl an verlässlichen Partnern und Verbündeten gelingen. Wir werden diese Zusammenarbeit intensivieren und gezielt ausbauen, bilateral, in der EU und multilateral. Kooperationsangebote gegenüber globalen Partnern zielen auf positive Auswirkungen für beide Seiten und treten einer Blockbildung entschieden entgegen.²¹

Vor diesem Hintergrund ist es erklärtes Ziel deutscher Außen- und Sicherheitspolitik im Indo-Pazifik, hegemonialen Tendenzen entgegenzuwirken und mit Kooperationsangeboten zur Diversifizierung von Partnerschaften beizutragen. Der Besuch eines deutschen Kriegsschiffes bzw. einer deutschen Marineeinsatzgruppe bei einem kleinen Inselstaat würde deutlich unterstreichen, dass trotz großer Distanz und nur gering ausgeprägter wirtschaftlicher und diplomatischer Beziehungen, die ozeanischen Inselstaaten auch in Europa mitbedacht werden und die Staaten der Region bei der Entwicklung ihrer außenpolitischen Beziehungen nicht darauf angewiesen sind, auf einseitige Kooperationsangebote einzugehen.

Wertepartner und Interessenpartner

Über realpolitische Faktoren hinaus spricht auch Deutschlands normen- und wertegeleiteter außenpolitischer Ansatz für eine sicherheitspolitische Interaktion mit Ozeanien. In diesem Zusammenhang definieren die *Leitlinien*:

Gleichzeitig muss es künftig um eine Stärkung der politischen Dimension der Beziehungen gehen – bis hin zu einer intensiveren sicherheitspolitischen Zusammenarbeit. Dabei kommt dem Schulterschluss mit den Demokratien und Wertepartnern der Region besondere Bedeutung zu.²²

Diversen Staaten in der ozeanischen Region werden durch autoritative Nichtregierungsorganisationen vergleichbar hohe Wertungen auf Demokratie-Indizes gegeben.²³

Mit Höchstwertungen im Bereich der politischen Rechte und bürgerlichen Freiheiten gemäß der Wertung der US-amerikanischen Freedom House Foundation²⁴ sind die politischen und gesellschaftlichen Systeme der Republik der Marshallinseln (93), der Mikronesischen Föderation (92) und Kiribatis (91) vergleichbar mit jenen großer westlicher Demokratien, wie der Bundesrepublik Deutschland (94) oder des Vereinigten Königreichs (93). Ebenfalls in der Kategorie „frei“ werden die Zustände auf Samoa (83) und Vanuatu (82) und den Salomonen (76) eingeschätzt, womit sie vergleichbar mit

21 Bundesregierung 2023b: 54–55.

22 Auswärtiges Amt 2020: 9.

23 Wie der Politikwissenschaftler Christian Gruenler ausführt, sei bei sicherheitspolitischer Kooperation die Betrachtung von anderen Staaten im Hinblick auf deren Demokratiestatus zentral, um das Glaubwürdigkeitsproblem im Hinblick auf wertegeleitete Sicherheitspolitik, dem sich gegenwärtig die NATO ausgesetzt sehe, zu vermindern. Gruenler nutzt hierbei den Demokratie-Index der Economist Intelligence Unit, nach dem sich kein geschlossener geographischer Raum demokratischer Staaten bilde, sondern Schlüsselpartner nach demokratisch-liberalen Wertesystemen in Südamerika, im Indo-Pazifik und in Ozeanien zu finden seien (Gruenler o. J.).

24 Eine durch öffentliche Gelder finanzierte Nichtregierungsorganisation, die sich der Beobachtung der bürgerlichen Freiheiten und der Demokratie in der Welt widmet.

demokratischen Werte- und Bündnispartnern Deutschlands, wie der Republik Korea (83) oder den Vereinigten Staaten von Amerika (83) sind. Einzig die Republik Fidschi wird in der mittleren Kategorie „teilweise frei“ mit einem Wert von 59 eingeordnet.²⁵ In der Vergangenheit war die politische Situation Fidschis durch zeitweilige Instabilität und Staatsstriche beeinflusst – zuletzt im Jahr 2006.²⁶ Allerdings war das letzte Jahrzehnt durch mehrere Wahlen, die von Wahlbeobachtern als frei eingeschätzt wurden, und eine Verbesserung der sozio-politischen Situation gekennzeichnet.²⁷

Zu einer ähnlichen Einschätzung kommt die vom schwedischen International Institute for Democracy and Electoral Assistance betriebene Global State of Democracy Initiative (GSoD) als eine zweite unabhängige Quelle: In der GSoD 2023 liegen Einschätzungen zu Vanuatu, den Salomonen und Fidschi für die Gruppe der hier diskutierten Staaten vor. Alle drei ozeanischen Inselstaaten werden im Mittelfeld der Staaten nach demokratischen Prinzipien eingeordnet. Hierbei liegt das Ranking für Vanuatu (Rechtsstaatlichkeit (0,59); [bürgerliche] Rechte (0,64); Politische Partizipation (0,65) und politische Repräsentation (0,67)) etwas besser als bei seinen Nachbarn und damit in etwa vergleichbar mit dem EU-Mitgliedsstaat Kroatien.²⁸ Für die kleineren Inselstaaten Ozeaniens liegen vergleichsweise wenig indizierte demokratische Einordnungen vor, jedoch wertet der australische Akademiker David Hegarty Samoa, Mikronesien, Kiribati und die Marshallinseln als stabile politische Entitäten.²⁹

Die Tatsache, dass die aufgeführten Staaten zugänglich für ein Werte- und Normenverständnis westlicher Prägung sind, spiegelt sich auch im Abstimmungsverhalten in der Generalversammlung der Vereinten Nationen im Zuge der Russischen Invasion der Ukraine wider. Sowohl bei der Abstimmung über Resolution A/RES/ES-11/1 ‚Aggression against Ukraine‘, die die Aggression der Russischen Föderation gegenüber der Ukraine als Verstoß nach Artikel 2 (4) der Charta der Vereinten Nationen verurteilt sowie den Einsatz von Gewalt vonseiten Russlands gegenüber der Ukraine gefordert hat und Anfang März 2022 stattfand,³⁰ als auch bei der Resolution A/RES/ES-11/4 ‚Territorial integrity of Ukraine: defending the principles of the Charter of the United Nations‘³¹ aus dem Oktober 2022 haben alle sieben hier diskutierten ozeanischen Inselstaaten für die Annahme der Resolutionen gestimmt.³²

Zusammengefasst würde eine stärkere Interaktion mit den ozeanischen Staaten dem deutschen Anspruch entsprechen, intensivere Beziehungen mit demokratischen Staaten im Indo-Pazifik aufzubauen.³³ Langfristig könnte eine deutsche Außen- und Sicherheitspolitik – sofern diese ressortübergreifend im Sinne eines ‚comprehensive‘ bzw.

²⁵ Freedom House 2023.

²⁶ Hegarty 2013: 9.

²⁷ ABC 2015; Narayan 2019.

²⁸ International Institute for Democracy and Electoral Assistance 2023; Zum Vergleich: Die Bundesrepublik Deutschland Rechtsstaatlichkeit (0,91); [bürgerlicher] Rechte (0,94); Politische Partizipation (0,80) und politische Repräsentation (0,87).

²⁹ Hegarty 2013: 10.

³⁰ Bei 35 Enthaltungen; 12 Nicht erfolgten Stimmabgaben und 5 Gegenstimmen.

³¹ Bei 35 Enthaltungen; 10 Nicht erfolgten Stimmabgaben und 5 Gegenstimmen.

³² UN Digital Library (2022 a); UN Digital Library (2022 b).

³³ Das Argument, dass der Beziehungsaufbau mit demokratisch orientierten ozeanischen Staaten deutschen Interessen entspricht, bedeutet im Umkehrschluss nicht, dass dieser Autor die These vertritt, dass Kooperationen mit weniger demokratisch verfassten Staaten von vorneherein kategorisch auszuschließen sind.

‚whole-of-government approach‘ stattfindet und in enger Koordination mit Deutschlands Verbündeten und Wertepartnern in Europa, Nordamerika und im Pazifik erfolgt – möglicherweise darauf abzielen, einen der etwas stärker besiedelten und überdurchschnittlich demokratisch entwickelten Staaten zu einem weiteren Wertepartner und damit potentiell pro-westlichen Ankerstaat in der Region zu entwickeln. Wie bereits im Abschnitt ‚Einfluss‘ erwähnt, könnte die Marine in diesem Zusammenhang mittels Verbringens einer seegehenden Plattform ein Angebot bereitstellen, welches auch durch andere Ressorts genutzt werden könnte.

Nicht nur militärpolitische Zielsetzungen

Es ist korrekt, dass auch Gründe gegen das Anlaufen von Häfen ozeanischer Staaten durch deutsche Kriegsschiffe sprechen. So verfügen Papua-Neuguinea, Fidschi und Tonga jeweils nur über leicht bewaffnete Streitkräfte geringer Größe und die Republik der Marshallinseln, die Mikronesische Föderation, Kiribati, Vanuatu, die Salomonen und Samoa haben keine Streitkräfte zur Landesverteidigung.³⁴ Die Möglichkeiten, klassische verteidigungspolitische Beziehungen zu diesen Staaten aufzubauen, sind somit begrenzt und auch das Erschließen möglicher Vorteile für die deutsche Industrie in Form von Rüstungsexporten ist praktisch ausgeschlossen. Wie aber in diesen Ausführungen dargelegt, geht es bei einem möglichen Hafenaufenthalt eines deutschen Kriegsschiffes nicht ausschließlich um die militärische Dimension strategischer Ziele, sondern um das Erreichen von breiten politischen Zielsetzungen. Hier kann das Anlegen einer seegehenden Einheit sinnvoll mit einem Truppenbesuch durch einen Vertreter aus der Leitung des BMVg verbunden werden, während der Anlass beispielsweise gleichzeitig für einen offiziellen Regierungsbesuch oder für das Wirken im Sinne eines anderen Ressorts genutzt wird.

Schließlich sollte deutsche Verteidigungspolitik Vorsicht walten lassen, zu schnell mit überfordernden Kooperationsangeboten an die Staaten Ozeaniens heranzutreten. Zwar verfügt die Deutsche Marine über Erfahrung in ressortübergreifender Sicherheitskooperation in Einsatzgebieten, beispielsweise durch Einschiffen von Kräften der Küstenwache oder des Zolls auf einem deutschen Kriegsschiff, und insbesondere Fregatten der Baden-Württemberg-Klasse wären – sofern verfügbar – in hervorragender Weise als Trainingsplattformen für gemeinsame Übungen zu asymmetrischen Szenarien geeignet. Aber ein ggf. überforderndes Angebot an einen Staat, an dem Deutschland bisher noch nie Interesse gezeigt hat, würde mit hoher Wahrscheinlichkeit eher negativ als positiv aufgenommen werden. Vor diesem Hintergrund sollte sich eine erste Tuchföhlung unbedingt zunächst auf einen einfachen Besuch beschränken.³⁵

Neben den politischen Hintergründen, die in diesem Statement erörtert wurden und für das Anlaufen eines ozeanischen Staates sprechen, sollte auch der Erhalt des Leistungsvermögens der Besatzungen Erwähnung finden. Bei einem Indo-Pacific Deployment verbringen deutsche Besatzungen monatelange Zeiträume auf engstem Raum und unter den Belastungen eines 24-Stunden-Wachrhythmus an Bord von Kriegsschiffen. Ein zusätzlicher Aufenthalt auf einem tropischen Inselarchipel, der solch lange

³⁴ CIA 2023; Vanuatu Police Force 2023.

³⁵ Interview mit einer anonymen, autoritativen Quelle am 26. Juli 2023.

Transitstrecken unterbricht, ist – wenn Bedingungen des Friedensgrundbetriebes dies zulassen – für die Seeleute daher auch vom Blickwinkel der Attraktivität des Berufes aus sinnvoll. Unsere Seeleute werden es dem Arbeitgeber Bundeswehr danken.

Zusammenfassung

Deutschland hat über die letzte Dekade sein sicherheitspolitisches Wirken sowohl auf der verteidigungspolitischen Ebene als auch auf der Ebene der Streitkräfte im indopazifischen Raum intensiviert. Für die Zukunft sollten Indo-Pacific Deployments der Marine – als der Teilstreitkraft, die die längsten Standzeiten in der Region ermöglicht – auch die Interaktion mit ozeanischen Inselstaaten in der Routenplanung berücksichtigen. Hier gilt es, einen Beitrag zum Erhalt von deutschem Einfluss in der Welt und ein sichtbares Symbol der Diversifizierung von Partnerschaften zu leisten und den kleinen Staaten der Region, die sich als Spielfiguren in einem geopolitischen Schachspiel der Großmächte befinden, den Rücken zu stärken. Seegehende Einheiten im Indo-Pazifik haben somit nicht nur das Potential, als verteidigungspolitisches Mittel zur Anwendung zu kommen, sondern eröffnen diplomatische Gestaltungsräume, die auch durch das Auswärtige Amt, das Bundeskanzleramt oder das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung genutzt werden können.

Abbildungsverzeichnis

- Bundeswehr (2023): Indo-Pacific Deployment 2021, <https://www.bundeswehr.de/en/organization/navy/news/indo-pacific-deployment-2021>, zuletzt aufgerufen am 29.08.2023.
- Dedering, Uwe (2010): ‘Relief Location Map of Pacific Ocean’, Wikipedia, https://de.wikipedia.org/wiki/Vorlage:Positionskarte_Pazifischer_Ozean#/media/Datei:Pacific_Ocean_laea_relief_location_map.jpg, zuletzt aufgerufen am 09.07.2023.

Literaturverzeichnis

- ABC (2015): Fiji Election Observers Review Backs 'credible' Running of Poll but Concern Expressed About Media Curbs, vom 14.04.2015, <https://www.abc.net.au/news/2015-04-14/fiji-election-observers-review-backs-credible-running-of-poll/6391954>, zuletzt aufgerufen am 08.07.2023.
- Australian Government (o. J.): Australia Vanuatu Bilateral Security Agreement, <https://www.dfat.gov.au/publications/development/australia-vanuatu-bilateral-security-agreement>, zuletzt aufgerufen am 08.07.2023.
- Auswärtiges Amt (2020): Leitlinien zum Indo-Pazifik, <https://www.auswaertigesamt.de/blob/2380500/33f978a9d4f511942c241eb4602086c1/200901-indo-pazifik-leitlinien--1--data.pdf>, zuletzt aufgerufen am 07.07.2023.
- BBC (2023): Why Is South Africa's Navy Joining Exercises with Russia and China?, vom 17.02.2023, <https://www.bbc.com/news/world-64380572>, zuletzt aufgerufen am 09.07.2023.
- Bundesregierung (2023a): Warum brauchen wir Europa? 8 Gründe, warum wir die EU brauchen, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/schwerpunkte/europa/warum-wir-europa-brauchen-1605314>, zuletzt aufgerufen am 09.07.2023.
- Bundesregierung (2023b): Wehrhaft. Resilient. Nachhaltig. Integrierte Sicherheit für Deutschland: Nationale Sicherheitsstrategie, <https://www.nationalesicherheitsstrategie.de/Sicherheitsstrategie-DE.pdf>, zuletzt aufgerufen am 09.07.2023.
- Deutscher Bundestag (2022): Drucksache 20/3431: Fortschrittsbericht zur Umsetzung der Leitlinien der Bundesregierung zum Indo-Pazifik für das Jahr 2022 (Fortschrittsbericht Indo-Pazifik 2022), vom 16.09.2022, <https://dserver.bundestag.de/btd/20/034/2003431.pdf>, zuletzt aufgerufen am 09.07.2023.
- Cagurangan, Mar-Vic (2021): US, FSM Reach Consensus on a Plan to Build Military Base in Micronesia, in: Pacific Island Times vom 28.07.2021, <https://www.pacificislandtimes.com/post/us-fsm-agree-on-a-plan-to-build-military-base-in-micronesia>, zuletzt aufgerufen am 08.07.2023.
- Cazarré, Marieta (2022): Brazil Urges Peaceful Solution to Russia–Ukraine Conflict, in: AgênciaBrasil vom 22.02.2022, <https://agenciabrasil.ebc.com.br/en/internacional/noticia/2022-02/brazil-calls-peaceful-resolution-conflict-between-russia-and-ukraine>, zuletzt aufgerufen am 09.07.2023.
- Deutsche Botschaft Suva (2023): Botschafter Dr. Andreas Prothmann, <https://fid-schi.diplo.de/fj-de/-/2590608>, zuletzt aufgerufen am 20.08.2023.
- CIA (2023): The World Factbook, <https://www.cia.gov/the-world-factbook/>, zuletzt aufgerufen am 07.07.2023.
- Freedom House (2023): Countries and Territories, <https://freedomhouse.org/countries/freed-om-world/scores>, zuletzt aufgerufen am 08.07.2023.
- Grossman, Derek (2023): Analysis: America Is Winning Against China in Oceania, in: Foreign Policy vom 01.06.2023, <https://foreignpolicy.com/2023/06/01/china->

- south-pacific-oceania-solomon-islands-kiribati-papua-new-guinea-australia-new-zealand-geopolitics-military/, zuletzt aufgerufen am 08.07.2023.
- Gruenler, Christian (o. J.): Wir müssen die Gründung einer globalen Democratic Defense Alliance diskutieren – Ein Thesenpapier (bisher unveröffentlichtes Manuskript).
- Harris, Bryan (2023): Russian Concerns on Ukraine Must ‘Be Taken into Account’, Says Brazil, in: Financial Times vom 02.06.2023, <https://www.ft.com/content/38b2aac6-967f-4185-bb11-f5161233f020>, zuletzt aufgerufen am 09.07.2023.
- Hegarty, David (2013): ‘A Changing Oceania’, in: David Hegarty, Darrell Tryon (Hgg.), Politics, Development and Security in Oceania, ANU E Press: Canberra, S. 3–28.
- Indian Express (2023): India, Russia to Work for Unlocking Full Potential of Economic Ties, vom 19.04.2023, <https://indianexpress.com/article/business/economy/india-russia-work-unlocking-full-potential-economic-ties-8564043/>, zuletzt aufgerufen am 09.07.2023.
- International Institute for Democracy and Electoral Assistance (2023): ‘The Global State of Democracy Initiative’, <https://idea.int/g sod/g sod>, zuletzt aufgerufen am 08.07.2023.
- Jackson, Eli (2023): Great Power Geopolitics and the Scramble for Oceania, in: Geopolitical Monitor vom 16.02.2023, <https://www.geopoliticalmonitor.com/great-power-geopolitics-and-the-scramble-for-oceania/>, zuletzt aufgerufen am 08.07.2023.
- Köllner, Patrick/Hasenkamp, Oliver (2023): Die Neuentdeckung des Pazifiks: Möglichkeiten deutscher Zusammenarbeit (GIGA Focus Asien Nr. 4), <https://www.giga-hamburg.de/de/publikationen/giga-focus/neuentdeckung-des-pazifiks-moeglichkeiten-deutsch-er-zusammenarbeit>, zuletzt aufgerufen am 09.07.2023.
- Narayan, Vijay (2019): MOG Says 2018 General Elections Credible but Makes 21 Recommendations, in: fijivillage vom 21.02.2019, <https://fijivillage.com/news/MOG-says-2018-general-elections-credible-but-makes-21-recommendations-sk25r9/>, zuletzt aufgerufen am 08.07.2023.
- NPR (2023): Solomon Islands Signs Policing Pact with China, <https://www.npr.org/2023/07/11/1186916419/solomon-islands-signs-policing-pact-with-china>, zuletzt aufgerufen am 20.08.2023.
- PWC (2015): The World in 2050: Will the Shift in Global Economic Power Continue?, <https://www.pwc.com/gx/en/issues/the-economy/assets/world-in-2050-february-2015.pdf>, zuletzt aufgerufen am 09.07.2023.
- Reuters (2023): South Africa Is 'Actively Non-aligned' on Ukraine War, Says Government, vom 13.05.2023, <https://www.reuters.com/world/africa/south-africa-is-actively-non-aligned-ukraine-war-says-government-2023-05-13/>, zuletzt aufgerufen am 09.07.2023.
- Saxer, Marc (2023): Die Zeit der Wolfswelt, in: Internationale Politik Special Nr. 4. Demokratien unter Druck, S. 60–65.
- Sharma, Kiran (2023): Trade: India’s Russian Imports Soar 400% as U.S. Offers Little Resistance, in: Nikkei Asia vom 17.02.2023, <https://asia.nikkei.com/Economy/Trade/India-s-Russian-imports-soar-400-as-U.S.-offers-little-resistance>, zuletzt aufgerufen am 09.07.2023.
- Speller, Ian (2019): Understanding Naval Warfare, 2nd edition, (Routledge: Abingdon.
- Sutter, Robert G. (2013): Foreign Relations of the PRC, Rowman & Littlefield: Lanham, MD.
- Vanuatu Police Force (2023): Vanuatu Mobile Force – VMF,

<https://police.gov.vu/about-us/vanuatu-mobile-force>, zuletzt aufgerufen am 07.07.2023.

UN Digital Library (2022 a): Aggression Against Ukraine: Resolution / Adopted by the General Assembly, <https://digitallibrary.un.org/record/3959039>, zuletzt aufgerufen am 08.07.2023.

UN Digital Library (2022 b): Territorial Integrity of Ukraine: Defending the Principles of the Charter of the United Nations: Resolution / Adopted by the General Assembly, <https://digitallibrary.un.org/record/3990400?ln=en>, zuletzt aufgerufen am 08.07.2023.

U.S. Department of State (2023): Deepening U.S. Partnership with Papua New Guinea, <https://www.state.gov/deepening-u-s-partnership-with-papua-new-guinea/>, zuletzt aufgerufen am 20.08.2023.